

KONTROLLBLATT

Kandidatennummer: D-25-000-0

Fach: Arbeitslosenversicherung

Falldossier 2

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Zweig

Arbeitslosenversicherung

Falldossier

Nr. 2
Thomas Schmidt

Prüfungsdauer

90 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung

14 Seiten

Beilage(n)

Keine

Maximale Punkte

90

Erzielte Punkte

Lösungsvorschlag

Die Experten/innen**Datum****Unterschriften**

Experte/in 1

Expert/in 2

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Falldossier

Einführung in den Fall

Thomas Schmidt, Jahrgang 1968, ist deutscher Staatsbürger und arbeitet seit dem Jahr 2011 in einer 80% Stelle (32h je Woche) als Controller beim Unternehmen Ramix AG in Kreuzlingen TG. Er wohnt in Konstanz DE und besitzt eine gültige Aufenthaltsbewilligung «G» (Grenzgängerbewilligung). Im Anstellungsvertrag ist ersichtlich, dass der Lohn für die Vollzeitstelle (40h je Woche) CHF 7'250.00 zuzüglich 13. Monatslohn beträgt. Weiter ist ersichtlich, dass der Lohn für die Vollzeitstelle für das Jahr 2023 CHF 6'900.00 zuzüglich 13. Monatslohn betrug. Zudem wurde ihm ein Bonus für das ganze Jahr 2023 von CHF 12'000.00 ausbezahlt. Thomas Schmidt war jedoch immer im Umfang von 80% Woche für das Unternehmen tätig.

Thomas Schmidt leidet seit längerer Zeit an einer Nierenkrankheit und ist deswegen zu 50% im Verhältnis zu seiner Beschäftigung krankgeschrieben, im gesunden Teil arbeitet er als Controller weiter. Die IV-Anmeldung wurde im Januar 2024 im Kanton Thurgau eingereicht. Die Krankentaggeldversicherung stellte das Krankentaggeld per 27.09.2024 ein. Eine Lohnfortzahlungspflicht der Ramix AG besteht nicht mehr. Thomas Schmidt hat festgestellt, dass er per 28.09.2024 nur noch die Hälfte seines Lohnes erhält. Thomas Schmidt will sich deshalb zum Bezug auf Arbeitslosenentschädigung aufgrund des Verdienstaufalles melden. Da er als Grenzgänger nicht weiss, welches Land zuständig ist, meldet er sich in beiden Staaten per 28.09.2024 auf den zuständigen Amtsstellen zum Bezug auf Arbeitslosenentschädigung zu 100% an.

Am 30.11.2024 wird Thomas Schmidt per 28.02.2025 unter Einhaltung der Kündigungsfrist von 3 Monaten entlassen und per sofort freigestellt.

Er überlegt sich nun, ob er aufgrund des laufenden IV-Verfahrens und der möglichen Unterstützung durch die IV in die Schweiz ziehen möchte und setzt sein Vorhaben per 01.02.2025 um. Er zügelt nach Kreuzlingen und erhält eine Aufenthaltsbewilligung (Erwerbsberechtigt).

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgaben

Lesen Sie zunächst alle Aufgaben und die untenstehenden «Erwartungen» und «Beurteilung» durch, damit Sie wissen, in welcher Phase welche Antworten erwartet werden und wie viel Zeit Sie dafür einsetzen wollen und können.

Aufgabe 1: Ganzheitliche Analyse (15 Punkte)

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.

Beurteilen Sie den Antrag auf Arbeitslosenentschädigung von Thomas Schmidt mit Anspruchsstellung ab dem 28.09.2024. Welcher Staat ist per 28.09.2024 zuständig für die Entrichtung von Arbeitslosenentschädigung. Begründen sie aus Sicht von beiden Staaten, weshalb und wie lange die Zuständigkeit oder Unzuständigkeit im jeweiligen Staat liegt. Welche Auswirkungen auf die Anspruchsbestimmung hat die Anmeldung per 28.09.2024. Analysieren sie die Ausgangslage. Begründen sie diese ausführlich mit Nennung der entsprechenden Grundlagen aus GVO, Gesetz, Verordnung und Weisungen. (15 Punkte)

Aufgabe 2: Kommunikation (15 Punkte)

Thomas Schmidt möchte, dass Sie ihm den Sachverhalt in einem kurzen Email, einfach und für einen Laien verständlich, zusammenfassen. Des Weiteren möchte Thomas Schmidt auch die Information erhalten, wie er sich rechtlich gegen einen allfälligen Schweizerischen oder deutschen Entscheid wehren könnte. Gehen Sie auf die Fragen von Thomas Schmidt ein und formulieren Sie eine Email. (15 Punkte)

Aufgabe 3: Zentrale Fragestellungen und Herausforderungen (15 Punkte)

Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die aus Ihrer Sicht in dieser Situation bestehen.

Welche Auswirkungen hat die Kündigung per 01.03.2025, falls Thomas Schmidt seinen Wohnsitz/Lebensmittelpunkt in Deutschland behält? Welche Auswirkungen hat die Kündigung per 01.03.2025, falls Thomas Schmidt seinen Wohnsitz/Lebensmittelpunkt in die Schweiz verlegt? (15 Punkte)

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 4: Angemessenheit der Schlussfolgerung (15 Punkte)

Wie beeinflusst die IV-Anmeldung den Leistungsbezug und die Vermittelbarkeit von Thomas Schmidt?

Welche Massnahmen muss die Arbeitslosenkasse ergreifen, und aus welchen Gründen? (15 Punkte)

Aufgabe 5: Vollständigkeit der Information (15 Punkte)

Ziehen Sie Schlussfolgerungen zu den Ansprüchen der einzelnen Mitarbeitenden und berechnen sie den jeweiligen Anspruch und stellen Sie es übersichtlich dar:

Bestimmen Sie die Rahmenfristen, den versicherten Verdienst, die Wartetage, das Taggeld sowie den Höchstanspruch an Taggelder von Thomas Schmidt nachvollziehbar und begründen Sie diese ausführlich und mit Nennung der entsprechenden Grundlagen aus Gesetz, Verordnung und Weisung AVIG ALE. Allfällige Berechnungen sind vollständig abzubilden. Berücksichtigen sie sämtliche Angaben. (15 Punkte)

Aufgabe 6: Nachvollziehbarkeit des Entscheids (15 Punkte)

Berechnen Sie die Bruttoentschädigung von Thomas Schmidt für die Kontrollperiode Februar 2025. Allfällige Warte- oder Einstelltage sind nicht zu berücksichtigen. Gehen Sie davon aus, dass Thomas Schmidt weiterhin teilarbeitsfähig ist und sich Vollzeit zur Vermittlung stellt. Begründen sie mit Angabe der gesetzlichen Grundlagen, Verordnungen und Weisungen. (15 Punkte)

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar. Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen. Als Richtgrösse werden 6-10 Seiten A4 erwartet, der effektive Umfang Ihrer Arbeit wird nicht bewertet.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen?
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen?
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt?
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen?

Punkte

max. 90

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 1: Ganzheitliche Analyse (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.

Beurteilen Sie den Antrag auf Arbeitslosenentschädigung von Thomas Schmidt mit Anspruchsstellung ab dem 28.09.2024. Welcher Staat ist per 28.09.2024 zuständig für die Entrichtung von Arbeitslosenentschädigung. Begründen sie aus Sicht von beiden Staaten, weshalb und wie lange die Zuständigkeit oder Unzuständigkeit im jeweiligen Staat liegt. Welche Auswirkungen auf die Anspruchsbestimmung hat die Anmeldung per 28.09.2024. Analysieren sie die Ausgangslage. Begründen sie diese ausführlich mit Nennung der entsprechenden Grundlagen aus GVO, Gesetz, Verordnung und Weisungen. (15 Punkte)

Lösungsvorschlag

Zum Sachverhalt: Als Grenzgänger gehört gemäss Rz. A3 Weisung ALE Thomas Schmidt zu den beitragspflichtigen Arbeitnehmern. Thomas Schmidt ist ein echter Grenzgänger gemäss Rz. C28 AVIG Weisung ALE. Unermesslich dem Sachverhalt darf sich Thomas Schmidt zusätzlich zur Arbeitssuche in der Schweiz beim zuständigen RAV des Arbeitgebers anmelden.

Thomas Schmidt befindet sich in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis, erhält jedoch infolge Ablauf der Krankentaggelder sowie der abgelaufenen Lohnfortzahlungspflicht nur noch den Lohn seiner effektiven Arbeitsfähigkeit. Ihm ist es ebenfalls möglich an seinen Arbeitsplatz wieder zurückzukehren, weshalb er den Begriff Kurzarbeit im Sinne von Art. 65 Abs. 1 GVO erfüllt. Aufgrund dieser Tatsachen hat der schweizerische Staat das Gesuch, um Arbeitslosenentschädigung zu prüfen. Die Zuständigkeit liegt per 28.09.2024 in der Schweiz.

Deutschland prüft ebenfalls den Begriff der Vollarbeitslosigkeit. Diese wäre sodann nur zuständig, wenn Thomas Schmidt die Arbeitsstelle vollständig verlieren würde. Sie wäre ab dem Zeitpunkt der Vollarbeitslosigkeit verpflichtet, Arbeitslosentaggelder zu entrichten. Für die gesamte Zeit der Kurzarbeit resp. mit dem schweizerischen Begriff Teilarbeitslosigkeit ist die Schweiz zuständig für die Prüfung und Entrichtung von allfälligen Taggeldern.

A2 AVIG Weisung ALE

Nach Art. 2 Abs. 1 Bst. a AVIG unterliegen der ALV-Beitragspflicht alle Arbeitnehmenden, die nach dem AHVG obligatorisch versichert und für Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit beitragspflichtig sind. Die Beitragspflicht knüpft grundsätzlich an 2 Bedingungen an:

- obligatorische Unterstellung unter die AHV; und*
- unselbstständige Erwerbstätigkeit.*

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Beitragspflichtig sind somit grundsätzlich alle für die AHV-beitragspflichtigen Arbeitnehmenden und ihre Arbeitgeber. Dazu gehören auch die Ausländer/innen, einschliesslich der Grenzgänger/-innen und Saisonarbeiter/-innen. Obligatorisch versichert sind auch Arbeitnehmende von nicht beitragspflichtigen Arbeitgebern (ANOBAG / Art. 6 AHVG).

C28 AVIG Weisung ALE

Im Ausland wohnende von der GVO erfasste echte EU/EFTA-Grenzgänger/innen können sich in der Schweiz als letztem Beschäftigungsstaat zusätzlich als arbeitssuchend melden (vgl. Art. 65 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2 GVO). Zuständig für die Ausrichtung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit ist der ausländische Wohnstaat. Der Anspruch auf Leistungen der öAV besteht nur solange diese Stellensuchenden Anspruch auf Leistungen im Wohnstaat haben.

Echte Grenzgänger/innen aus EU/EFTA-Staaten können Leistungen der öAV gleich den schweizerischen Stellensuchenden beanspruchen, ohne einen Aufenthalt in der Schweiz begründen zu müssen. Sie sind grundsätzlich befugt, in der Schweiz einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Zuständig ist das RAV, in deren Tätigkeitsgebiet der vormalige Aufenthaltsort der betreffenden Person lag. Wo ein solcher fehlt, ist der Betriebssitz des/der letzten Arbeitgebenden der betreffenden Person massgebend.

Rz. A38 KS 883

A38 Aus dem Urteil des EuGH in der Rs. C-444/98 (de Laat) und dem Beschluss Nr. U3 der Verwaltungskommission ergibt sich Folgendes:

Der Begriff «Kurzarbeit oder sonstiger vorübergehender Arbeitsausfall» ist ein nach dem EU-Recht auszulegender Begriff. Er darf somit nicht nach dem nationalen Recht ausgelegt werden.

Der Zuständigkeitsregelung bei Vollarbeitslosigkeit liegt die Annahme zugrunde, dass die Voraussetzungen für die Arbeitssuche für vollarbeitslose Grenzgänger und Grenzgängerinnen im Wohnstaat am günstigsten sind. Bei Kurzarbeit oder sonstigem vorübergehendem Arbeitsausfall wird unterstellt, dass der Beschäftigungsstaat die Arbeitnehmenden besser dabei unterstützen kann, eine zusätzliche Beschäftigung zu finden.

Vollarbeitslos ist eine Person, die keine Tätigkeit ausübt und gleichzeitig auf der Suche nach einer neuen Beschäftigung ist. Vollarbeitslose können daher nicht Personen mit Kurzarbeit oder sonstigem vorübergehendem Arbeitsausfall sein (s. A71 ff.).

Die Bestimmung der Art der Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit oder Vollarbeitslosigkeit) ist abhängig von der Feststellung des Bestehens oder der Aufrechterhaltung einer arbeitsvertraglichen Bindung zwischen den Parteien und nicht von der Dauer einer etwaigen zeitweiligen Aussetzung der Tätigkeit.

Grenzgänger und Grenzgängerinnen, die weiterhin einen Arbeitsvertrag mit dem gleichen Unternehmen haben und vorübergehend nicht arbeiten, jedoch jederzeit an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können, sind als Kurzarbeiter/-innen anzusehen.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 1: Ganzheitliche Analyse (Fortsetzung)

Die Formulierung «wobei er jederzeit wieder an seinen Arbeitsplatz zurückkehren kann», ist so zu verstehen, dass lediglich die rechtliche Möglichkeit bestehen muss, die Arbeit wiederaufzunehmen. Haben Grenzgänger und Grenzgängerinnen keine Verbindung mehr mit dem Beschäftigungsstaat, insbesondere wegen Auflösung oder Ablauf des Arbeitsvertrags, gelten sie als vollarbeitslos. Wird der Arbeitsvertrag beendet, tritt ein Statuswechsel ein. Nach dem Statuswechsel sind die Grenzgänger und Grenzgängerinnen dem Personenkreis der Vollarbeitslosen zuzuordnen und der Wohnstaat ist für Leistungen bei Arbeitslosigkeit zuständig.

Rz. A40 KS 883

Die Unterscheidung erlangt Bedeutung im Rahmen der Festlegung der anwendbaren Rechtsordnung (Zuständigkeit) bei Grenzgänger/-innen (D19 ff. und D33 ff.).

Während echte und unechte Grenzgänger/-innen bei Vollarbeitslosigkeit Arbeitslosenleistungen des Wohnstaats erhalten respektive erhalten können (unechte Grenzgänger/-innen mit Wahlrecht), erhalten sie bei Kurzarbeit oder sonstigem vorübergehendem Arbeitsausfall Arbeitslosenleistungen des Beschäftigungsstaats, als ob sie dort wohnten.

Aufgabe 2: Kommunikation (15 Punkte)

Thomas Schmidt möchte, dass Sie ihm den Sachverhalt in einem kurzen Email, einfach und für einen Laien verständlich, zusammenfassen. Des Weiteren möchte Thomas Schmidt auch die Information erhalten, wie er sich rechtlich gegen einen allfälligen Schweizerischen oder deutschen Entscheid wehren könnte. Gehen Sie auf die Fragen von Thomas Schmidt ein und formulieren Sie eine Email. (15 Punkte)

Guten Tag Herr Schmidt

Im Folgenden finden Sie eine kurze und verständliche Zusammenfassung Ihres Sachverhalts sowie Informationen zu möglichen rechtlichen Schritten.

Sachverhalt:

Sie sind ein Grenzgänger und gehören gemäss den Weisungen der Arbeitslosenversicherung (ALE) zu den beitragspflichtigen Arbeitnehmern. Sie befinden sich in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis, erhalten jedoch aufgrund des Ablaufs der Krankentaggelder und der Lohnfortzahlungspflicht nur noch den Lohn Ihrer effektiven Arbeitsfähigkeit. Da Sie an Ihren Arbeitsplatz zurückkehren können, erfüllen Sie den Begriff der Kurzarbeit gemäss Art. 65 Abs. 1 GVO.

Aufgrund dieser Tatsachen prüft die Schweiz Ihr Gesuch auf Arbeitslosenentschädigung, wobei die Zuständigkeit ab dem 28.09.2024 in der Schweiz liegt. Deutschland wäre nur zuständig, wenn Sie Ihre Arbeitsstelle vollständig verlieren würden. Für die gesamte Zeit der «Kurzarbeit» ist die Schweiz zuständig für die Prüfung und Entrichtung von allfälligen Taggeldern. Eine Anmeldung in Deutschland müsste bei vollständigem Verlieren der Stelle unmittelbar erfolgen.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Rechtliche Schritte: Falls Sie gegen eine Verfügung der Schweiz vorgehen möchten, haben Sie folgende Möglichkeiten:

Einsprache: Sie können gegen eine Verfügung Einsprache bei der entsprechenden Stelle, in diesem Fall wären es gegen die Arbeitslosenkasse, erheben.

Beschwerde: Falls die Einsprache abgewiesen wird, können Sie Beschwerde beim zuständigen kantonalen Sozialversicherungsgericht einreichen.

Bundesgericht: Als letzte Instanz können Sie den Fall an das Schweizerische Bundesgericht weiterziehen.

Für ein Verfahren gegen die deutsche Behörde, würden wir Sie bitten, dies direkt bei der entsprechenden Behörde abzuklären.

Bei Fragen dürfen Sie sich gerne an uns wenden.

Freundliche Grüsse

Arbeitslosenkasse

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 3: Zentrale Fragestellungen (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die aus Ihrer Sicht in dieser Situation bestehen.

Welche Auswirkungen hat die Kündigung per 01.03.2025, falls Thomas Schmidt seinen Wohnsitz/Lebensmittelpunkt in Deutschland behält? Welche Auswirkungen hat die Kündigung per 01.03.2025, falls Thomas Schmidt seinen Wohnsitz/Lebensmittelpunkt in die Schweiz verlegt? (15 Punkte)

Lösungsvorschlag

a) Bleibt Thomas Schmidt in Deutschland, so wechselt der Status von Kurzarbeit auf Vollarbeitslosigkeit. Deutschland ist zuständig für die Entrichtung von Arbeitslosentaggeldern. Die Zuständigkeit wechselt von der Schweiz nach Deutschland. Die schweizerische Arbeitslosenkasse muss per 28.02.2025 die Taggelder einstellen. Thomas Schmidt muss seine Leistungen in Deutschland geltend machen. Unterstützungen in der Stellensuche darf weiterhin vom zuständigen RAV eingeholt werden.

b) Verlegt Thomas Schmidt seinen Wohnsitz in die Schweiz, bleibt die schweizerische Arbeitslosenkasse und das RAV in der Zuständigkeit. Aufgrund des Wohnsitzwechsels und der gültigen Aufenthaltsbewilligung erfüllt er die Voraussetzung nach Art. 8 AVIG.

Aufgabe 4: Angemessenheit der Schlussfolgerung (30 Punkte)

Wie beeinflusst die IV-Anmeldung den Leistungsbezug und die Vermittelbarkeit von Thomas Schmidt? Welche Massnahmen muss die Arbeitslosenkasse ergreifen, und aus welchen Gründen? (15 Punkte)

Lösungsvorschlag

Sofern die versicherte Person Vorleistung verlangt, hat die zuständige Amtsstelle zu prüfen, ob die Voraussetzung der Vermittlungsfähigkeit erfüllt sind. Die Kriterien sind gemäss den Angaben aus dem Sachverhalt als erfüllt zu erachten. Mit der andauernden teilweisen Arbeitsfähigkeit von 40% erfüllt er ebenfalls die Voraussetzung der 20% Regel nach Rz. B252 Weisung ALE. Die Arbeitslosenkasse richtet somit am dem 1. kontrollierten Tag, Taggelder nach Art. 70 ATSG der Vorleistungspflicht gegenüber der IV aus. Wäre Thomas Schmidt längerfristig 100% arbeitsunfähig, so könnte die Arbeitslosenkasse einmalig nach Art. 28 Abs. 1 AVIG Taggelder entrichten und müsste ab dem 31. die Taggelder bis zum Wiedererlangen einer Teilarbeitsfähigkeit die Taggelder einstellen.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Damit die erbrachten Vorschussleistungen verrechnet werden können, muss die Arbeitslosenkasse der zuständigen IV-Stelle sowie dem zuständigen BV-Versicherer, ein Meldeverfahren einleiten, um anzuzeigen, dass aktuell Taggelder durch die Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Kongruent ausgerichtete Leistungen können nach dem Beurteilen des Leistungsanspruch durch den zuständigen Versicherer verrechnet werden.

Art 15 AVIG

Der Arbeitslose ist vermittlungsfähig, wenn er bereit, in der Lage und berechtigt ist, eine zumutbare Arbeit anzunehmen und an Eingliederungsmassnahmen teilzunehmen. (AVIV)

2 Der körperlich oder geistig Behinderte gilt als vermittlungsfähig, wenn ihm bei ausgeglichener Arbeitsmarktlage, unter Berücksichtigung seiner Behinderung, auf dem Arbeitsmarkt eine zumutbare Arbeit vermittelt werden könnte. Der Bundesrat regelt die Koordination mit der Invalidenversicherung. (AVIV)

3 Bestehen erhebliche Zweifel an der Arbeitsfähigkeit eines Arbeitslosen, so kann die kantonale Amtsstelle eine vertrauensärztliche Untersuchung auf Kosten der Versicherung anordnen.

4 Der Versicherte, der mit der Bewilligung der kantonalen Amtsstelle eine freiwillige Tätigkeit im Rahmen von Projekten für Arbeitslose ausübt, gilt als vermittlungsfähig.

Rz. B252 AVIG Weisung ALE

Ist eine bei der IV oder einer anderen Sozialversicherung zum Leistungsbezug angemeldete behinderte Person bereit und in der Lage, eine zumutbare Arbeit im Umfang von mindestens 20 % einer Vollzeitbeschäftigung (im ersten Arbeitsmarkt, vgl. B254d) anzunehmen, und erfüllt sie auch die übrigen Anspruchsvoraussetzungen, besteht für die ALV eine Vorleistungspflicht.

Die zuständigen Durchführungsstellen haben die versicherte Person über die Vorleistungspflicht der ALV bei nicht offensichtlicher Vermittlungsunfähigkeit aufzuklären (EVG C 119/06 vom 24.4.2007)

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Art. 22 ATSG

Der Anspruch auf Leistungen ist weder abtretbar noch verpfändbar. Jede Abtretung oder Verpfändung ist nichtig.

2 Nachzahlungen von Leistungen des Sozialversicherers können jedoch abgetreten werden:

- a. dem Arbeitgeber oder der öffentlichen oder privaten Fürsorge, soweit diese Vorschusszahlungen leisten;*
- b. einer Versicherung, die Vorleistungen erbringt.*

Art. 70 ATSG

1 Begründet ein Versicherungsfall einen Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen, bestehen aber Zweifel darüber, welche Sozialversicherung die Leistungen zu erbringen hat, so kann die berechtigte Person Vorleistung verlangen.

2 Vorleistungspflichtig sind:

- a. die Krankenversicherung für Sachleistungen und Taggelder, deren Übernahme durch die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Militärversicherung oder die Invalidenversicherung umstritten ist;*
- b. die Arbeitslosenversicherung für Leistungen, deren Übernahme durch die Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Militärversicherung oder die Invalidenversicherung umstritten ist;*
- c. die Unfallversicherung für Leistungen, deren Übernahme durch die Unfallversicherung oder die Militärversicherung umstritten ist;*
- d. die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge nach BVG für Renten, deren Übernahme durch die Unfall- beziehungsweise Militärversicherung oder die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge nach BVG umstritten ist.*

3 Die berechtigte Person hat sich bei den in Frage kommenden Sozialversicherungen anzumelden.

Art 71 ATSG

Der vorleistungspflichtige Versicherungsträger erbringt die Leistungen nach den für ihn geltenden Bestimmungen. Wird der Fall von einem anderen Träger übernommen, so hat dieser die Vorleistungen im Rahmen seiner Leistungspflicht zurückzuerstatten.

B2 RVEI

Die Arbeitslosenkasse stellt sicher, dass das Meldeverfahren gegenüber dem zuständigen anderen Versicherer rechtzeitig eingeleitet wird, ansonsten läuft sie Gefahr, dass die Versicherung ihre Leistungen mit befreiender Wirkung direkt an die versicherte Person auszahlt.

Bei Streitigkeiten über die Zuständigkeit zwischen mehreren Versicherungen ist das Meldeverfahren bei allen möglichen Versicherungen einzuleiten.

B3 RVEI

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Ergibt sich aus den Angaben der versicherten Person, dass sie einen Antrag auf Leistungen der IV gestellt hat, so ist sie unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflicht (Art. 28 ATSG) aufzufordern, darüber Auskunft zu erteilen, ob sie bei ihrem BVG-Versicherer ebenfalls einen Antrag auf Leistungsausrichtung gestellt hat. Wird dies von der versicherten Person bejaht, ist das Meldeverfahren sofort auch gegenüber dem BVG-Versicherer einzuleiten.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 5: Vollständigkeit der Information (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Ziehen Sie Schlussfolgerungen zu den Ansprüchen der einzelnen Mitarbeitenden und berechnen sie den jeweiligen Anspruch und stellen Sie es übersichtlich dar:

Bestimmen Sie die Rahmenfristen, den versicherten Verdienst, die Wartetage, das Taggeld sowie den Höchstanspruch an Taggelder von Thomas Schmidt nachvollziehbar und begründen Sie diese ausführlich und mit Nennung der entsprechenden Grundlagen aus Gesetz, Verordnung und Weisung AVIG ALE. Allfällige Berechnungen sind vollständig abzubilden. Berücksichtigen sie sämtliche Angaben. (15 Punkte)

Lösungsvorschlag

Die ordentliche Rahmenfrist Leistungsbezug läuft 28.09.2024 bis 27.09.2026.

Die Rahmenfrist für die Beitragszeit läuft vom 28.09.2022 bis 27.09.2024

Die Beitragszeit zu diesem Zeitpunkt beträgt 24 Monate.

Der versicherte Verdienst im 6 Monatsschnitt beträgt CHF 6'283.-

Der versicherte Verdienst im 12 Monatsschnitt beträgt CHF 6'464.-, weshalb dieser heranzuziehen ist.

Berechnung: Lohn bei 80% (32h von 40h Woche),

*6 Monate: CHF 5'800*13/12 = 6'283.33*

12 Monate: 2024 = 8.887 (8 Monate plus anteilmässig September 2024) x CHF 6'283.33

+ 2023: 3.113 (3 Monate und anteilmässig September 2023) x ((CHF 5'520 x 13/12) + 1000) : 12 = 6'464.-

Die Höchstzahl der Taggelder beläuft sich auch auf 520, da er Beitragszeit von über 22 Monaten nachweisen kann.

Vermittlungsgrad 100%, Beschäftigungsgrad 80%

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Das Taggeld beträgt CHF 208.50, bei einem Ansatz von 70%.

Es bestehen 10 allgemeine Wartetage. Es bestehen keine besonderen Wartetage.

Einstelltage nach Art. 30 AVIG sind nicht angezeigt.

Art. 22 AVIG

Ein volles Taggeld beträgt 80 Prozent des versicherten Verdienstes. Der Versicherte erhält zudem einen Zuschlag, der den auf den Tag umgerechneten gesetzlichen Kinder- und Ausbildungszulagen entspricht, auf die er Anspruch hätte, wenn er in einem Arbeitsverhältnis stände. Dieser Zuschlag wird nur ausbezahlt, soweit: (AVIV)

- a. die Kinderzulagen dem Versicherten während der Arbeitslosigkeit nicht ausgerichtet werden; und*
- b. für dasselbe Kind kein Anspruch einer erwerbstätigen Person besteht.*

2 Ein Taggeld in der Höhe von 70 Prozent des versicherten Verdienstes erhalten Versicherte, die: (AVIV)

- a. keine Unterhaltspflicht gegenüber Kindern unter 25 Jahren haben;*
- b. ein volles Taggeld erreichen, das mehr als 140 Franken beträgt; und*
- c. keine Invalidenrente beziehen, die einem Invaliditätsgrad von mindestens 40 Prozent entspricht.*

Art. 23 AVIG

Als versicherter Verdienst gilt der im Sinne der AHV-Gesetzgebung massgebende Lohn, der während eines Bemessungszeitraumes aus einem oder mehreren Arbeitsverhältnissen normalerweise erzielt wurde; eingeschlossen sind die vertraglich vereinbarten regelmässigen Zulagen, soweit sie nicht Entschädigung für arbeitsbedingte Inkonvenienzen darstellen. Der Höchstbetrag des versicherten Verdienstes (Art. 18 ATSG) entspricht demjenigen der obligatorischen Unfallversicherung. Der Verdienst gilt nicht als versichert, wenn er eine Mindestgrenze nicht erreicht. Der Bundesrat bestimmt den Bemessungszeitraum und die Mindestgrenze.

Art. 27 Abs 1 – 3 AVIG

1 Innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug (Art. 9 Abs. 2) bestimmt sich die Höchstzahl der Taggelder nach dem Alter der Versicherten sowie nach der Beitragszeit (Art. 9 Abs. 3).

2 Die versicherte Person hat Anspruch auf:

- a. höchstens 260 Taggelder, wenn sie eine Beitragszeit von insgesamt 12 Monaten nachweisen kann;*
- b. höchstens 400 Taggelder, wenn sie eine Beitragszeit von insgesamt 18 Monaten nachweisen kann;*
- c. höchstens 520 Taggelder, wenn sie eine Beitragszeit von mindestens 22 Monaten nachweisen kann und: 1. das 55. Altersjahr zurückgelegt hat, oder*
- 2. eine Invalidenrente bezieht, die einem Invaliditätsgrad von mindestens 40 Prozent entspricht.*

3 Der Bundesrat kann für Versicherte, die innerhalb der letzten vier Jahre vor Erreichen des Referenzalters nach Artikel 21 Absatz 1 AHVG arbeitslos geworden sind und deren Vermittlung allgemein oder aus Gründen des Arbeitsmarktes unmöglich oder stark erschwert ist, den Anspruch um höchstens 120 Taggelder erhöhen und die Rahmenfrist für den Leistungsbezug um längstens zwei Jahre verlängern.

C1 Weisung ALE

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Als versicherter Verdienst gilt der im Sinne der AHV-Gesetzgebung massgebende Lohn, der während eines Bemessungszeitraumes aus einem oder mehreren Arbeitsverhältnissen normalerweise erzielt wurde

Aufgabe 6: Nachvollziehbarkeit des Entscheids (15 Punkte)

Berechnen Sie die Bruttoentschädigung von Thomas Schmidt für die Kontrollperiode Februar 2025. Allfällige Warte- oder Einstelltage sind nicht zu berücksichtigen. Gehen Sie davon aus, dass Thomas Schmidt weiterhin teilarbeitsfähig ist und sich Vollzeit zur Vermittlung stellt. Begründen sie mit Angabe der gesetzlichen Grundlagen, Verordnungen und Weisungen. (15 Punkte)

Lösungsvorschlag

ZV = 50% von CHF 5200 = (oder 40% Pensum von 6500) = CHF 2'600.-

Berechnung

Versicherter Verdienst	CHF 6'464.-
Abz. ZV	CHF 2'600.-
Zwischenergebnis	CHF 3'864.-
Taggeldansatz	70%
Bruttoentschädigung	<u>CHF 2'704.80</u>

Die Einkommen aus dem Arbeitsverhältnis muss gemäss Art. 24 AVIG angerechnet werden.

Art. 24 Abs. 1 und 3 AVIG

Als Zwischenverdienst gilt jedes Einkommen aus unselbstständiger oder selbstständiger Erwerbstätigkeit, dass der Arbeitslose innerhalb einer Kontrollperiode erzielt. Der Versicherte hat Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufschlags. Der anzuwendende Entschädigungssatz bestimmt sich nach Artikel 22. Der Bundesrat regelt, wie das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit ermittelt wird.

Als Verdienstaufschlag gilt die Differenz zwischen dem in der Kontrollperiode erzielten Zwischenverdienst, mindestens aber dem berufs- und ortsüblichen Ansatz für die betreffende Arbeit, und dem versicherten Verdienst. Ein Nebenverdienst (Art. 23 Abs. 3) bleibt unberücksichtigt.

Art. 41a Abs. 1 AVIV

Ist das Einkommen geringer als die dem Versicherten zustehende Arbeitslosenentschädigung, so besteht innerhalb der Rahmenfrist für den Leistungsbezug ein Anspruch auf Kompensationszahlungen.

C123 Als Zwischenverdienst gilt jedes Einkommen aus unselbstständiger oder selbstständiger Erwerbstätigkeit, das die versicherte Person innerhalb einer Kontrollperiode erzielt und das geringer ist als die ihr zustehende ALE. Die Anrechnung von Zwischenverdienst fällt ausschliesslich in den Aufgabenbereich der Arbeitslosenkasse.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

C124 Verliert eine versicherte Person, welche mehrere Teilzeitstellen inne hat, eine davon, sind die verbleibenden Einkommen als Zwischenverdienst zu berücksichtigen. Für die Berechnung des versicherten Verdienstes ist das vor Eintritt der Teilarbeitslosigkeit erzielte Gesamteinkommen zu Grunde zu legen.